

Sitzung vom 13. November 2013

1280. Anfrage (Schule für Wirtschaftskriegsführung)

Kantonsrat Claudio Zanetti, Zollikon, hat am 19. August 2013 folgende Anfrage eingereicht:

Im Zusammenhang mit wirtschaftspolitisch motivierten Angriffen auf die Schweiz durch verschiedene Staaten ersuche ich den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass sich die Schweiz derzeit mit mehreren Staaten im Zustand des Wirtschaftskriegs befindet, der von diesen Ländern im Wesentlichen als Form von Fundraising zum Äufnen ihrer leerer Kassen betrieben wird?
2. Ist dem Regierungsrat bekannt, dass Frankreich, Friedensnobelpreisträgerin und Gründungsmitglied des als «Wertegemeinschaft» konzipierten Friedensprojekts «EU», seit 1997 eine staatliche «Ecole de Guerre Economique» (www.ege.fr) betreibt?
Gemäss Website dieser Schule für Wirtschaftskriegsführung zwingt das Ausscheiden «der leitenden Angestellten der Nachkriegsgeneration» aus dem Arbeitsprozess zu einer neuen Art von Ausbildung der nachfolgenden Führungskräfte in der Beherrschung des Wettbewerbs. Die Nachwuchsgenerationen müssen dementsprechend ausgebildet werden, um Druck und Prüfungen, die sie in der Zukunft erwarten, standzuhalten.
3. Ist der Regierungsrat bereit, in der Lage und entschlossen, sich «à la guerre comme à la guerre» zu verhalten, auch wenn es sich dabei «nur» um einen Wirtschaftskrieg handelt?
4. Ist der Regierungsrat der Auffassung, die Einrichtung einer mit der EGE vergleichbaren Schule oder eines Lehrstuhls an der Universität könnte der Eidgenossenschaft und dem Kanton Zürich bei der Verteidigung ihrer legitimen wirtschaftlichen Interessen dienlich sein?

Auf Antrag der Volkswirtschaftsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Claudio Zanetti, Zollikon, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 und 2:

Die USA, die EU sowie supranationale Organisationen versuchen ihre wirtschaftlichen Interessen gegenüber der Schweiz mit zunehmend verstärktem politischem Druck durchzusetzen. Der Tonfall auch zwischen befreundeten Staaten ist teilweise härter geworden. Dabei prallen auch unterschiedliche Rechtsordnungen aufeinander. Die grosse Betroffenheit der Schweiz ergibt sich aus ihrem politischen Sonderstatus, kombiniert mit einer ausserordentlich starken internationalen und wirtschaftlichen Vernetzung. Dies macht die Schweiz für politische und wirtschaftliche Verschiebungen empfindlich. Der Druck der USA auf Finanzinstitute (z. B. Foreign Account Tax Compliance Act, FATCA) betrifft aber nicht nur Schweizer Unternehmen. Es sind durchaus auch US- Unternehmen und auch Unternehmen in anderen Staaten betroffen.

Dass der erhöhte Druck auf die Schweiz auch wirtschaftliche und finanzpolitische Gründe hat, ist nicht von der Hand zu weisen. Gerade im Vergleich zu Frankreich schneidet die Schweiz in Studien des World Economic Forums sehr gut ab: Im Nationenranking «Competitiveness» rangiert die Schweiz auf Platz 1, Frankreich auf Platz 23. Im aktuellen Human Capital Report vom Oktober 2013 besetzt die Schweiz ebenfalls Position 1, Frankreich Position 21. Im Subindex Schools sind die entsprechenden Ränge 1 für die Schweiz, 22 für Frankreich. Nur in der Gruppe Quality of Management Schools bewegt sich Frankreich mit Rang 5 in der Nähe der Schweiz, die auch hier den 1. Rang belegt (vgl. <http://www.weforum.org/reports>).

Zu Fragen 3 und 4:

Weder die Universität Zürich (UZH) noch die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) verfügt über einen Lehrstuhl für Wirtschaftskriegsführung; sie befassen sich indessen mittelbar mit dem Thema. An der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der UZH sind in diesem Zusammenhang folgende Veranstaltungen zu erwähnen:

- Am Institut für Volkswirtschaftslehre lernen die Studierenden in Veranstaltungen der Mikroökonomie informationsökonomische Techniken für die Analyse von strategischen Situationen.
- Am Institut für Betriebswirtschaftslehre werden in der Veranstaltung «Verhandlungstheorie und -praxis» theoretische Erkenntnisse über Verhandlungssituationen und deren Rationalität und Probleme erarbeitet.

- Am Institut für Banking und Finance geht es in der Vorlesung «Behavioral Macroeconomics» darum, die Grundannahmen psychologischer Einflussfaktoren, die zum Beispiel auf dem Arbeitsmarkt wie auch dem Geld- und Kapitalmarkt eine Rolle spielen, näher zu bestimmen sowie deren Auswirkungen zu diskutieren.

An der ZHAW werden in den Curricula der Bachelor-Studiengänge der School of Management and Law verschiedene praxisorientierte Methoden gelehrt, welche die Studierenden befähigen, in ausserordentlichen Situationen angemessen zu reagieren.

Der Bund hat die notwendigen Kompetenzen und Mittel, die Interessen der Schweiz zu verteidigen. Der Regierungsrat wird weiterhin die Interessen des Kantons Zürich innen- und aussenpolitisch vertreten.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Bildungsdirektion und die Volkswirtschaftsdirektion.

Vor dem Regierungsrat
Der Staatsschreiber:
Husi